Nr. 287a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Parlaments-Ausgabe

Berlin
10. Juni 1902

Haus der Abgeordneten.

85. Sitzung vom 9. Juni, 12 Uhr.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Es folgt die Berathung der Rechnung über die Verwendung des auf Grund des Gesetzes vom 12. Juli 1900 zum Zweck der Errichtung von **Rentengütern** aus dem Reservefonds der Rentenbanken gewährten **Zwischenkredits** für die Zeit vom Inkrafttreten des Gesetzes bis Ende Dezember 1901.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Glagel) beantragt, sich mit den von der königlichen Staatsregierung bei Gewährung der Zwischenkredite bisher beobachteten Grundsätzen einverstanden zu erklären und die Rechnung durch Kenntnißnahme **für erledigt** zu erklären.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgen **Petitionen.**

Den Antrag des Abg. Werner (Antis.) auf Besserstellung der aus dem Supernumeriat hervorgegangenen Beamten des Eisenbahnabfertigungsdienstes beantragt die Budgetkommission (Berichterstatter Abg. Nölle) abzulehnen.

Abg. **Werner** (Antis.)

begründet seinen Antrag, der eigentlich nur eine Zusammenfassung der Wünsche sei, die für diese Beamten von allen Parteien ausgesprochen worden seien, und beschwert sich darüber, daß er zu der betreffenden Sitzung der Kommission, wo über seinen Antrag verhandelt worden sei, nicht eingeladen sei. Wenn der Regierungsvertreter behauptet hat, fünf Prozent der Beamten, deren Interessen er vertrete, seien besser gestellt, so wundere er sich darüber. Er bitte um Annahme des Antrages.

Geheimrath **Hoff**

bestreitet, daß diese Aeußerung gefallen sei.

Abg. Frhr. **Erffa** (kons.):

Ich glaube, zu wissen, daß der Abg. Werner eingeladen werden sollte. Wenn es nicht geschehen sein sollte, läge ein bedauerliches Versehen des Büreaus vor. Ich habe bereits nachfragen lassen.

Der Antrag Werner wird **abgelehnt.**

Als Material werden der Regierung Petitionen um Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Anwärter im mittleren Eisenbahnbetriebs- und Abfertigungsdienst, um Regelung der Anstellungsverhältnisse, der Stationsdiätare, um Verwehrung der Stellen der Stationsassistenten **überwiesen.**

Durch einfache **Tagesordnung** werden erledigt Petitionen von Eisenbahnbetriebssekretären um Gehaltserhöhung und um Vereinigung der mit Anwärtern zum Eisenbahnsekretär besetzten Stellen der Betriebssekretäre mit denen der Eisenbahnsekretäre zu einer Besoldungsklasse.

Petitionen um Vermehrung der Stellen für Eisenbahnsekretäre beantragt die Kommission (Berichterstatter Abg. Jürgensen) durch einfache Tagesordnung zu erledigen.

Abg. **Göschen** (natl.)

beantragt, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. **Junck** (fr. Vp.)

unterstützt diesen Antrag.

Geheimrath **Hoff**

theilt mit, daß erst 1000 neue Stellen für Eisenbahnsekretäre eingestellt worden seien. Die Eisenbahnverwaltung thue, was sie nur irgendwie könne. Er bitte, es beim Kommissionsbeschluß zu belassen.

Abg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.):

Immer wieder treten die Klagen darüber hervor, daß die Beamten gar so spät in etatsmäßige Stellen kommen. Da muß abgeholfen werden, und es kann das auch mit verhältnißmäßig kleinen Kosten geschehen.

Abg. Freiherr **v. Erffa** (kons.):

Es ist richtig, daß solche Petitionen mehrfach früher der Regierung zur Erwägung überwiesen worden sind. Aber inzwischen hat die Regierung dem durch Einstellung von 1000 neuen etatsmäßigen Stellen Rechnung getragen. Ich bitte, es beim Beschlusse der Kommission zu belassen. (Beifall.)

Abg. **Schmidt** (Ctr.):

Der frühere Beschluß ist noch nicht völlig erfüllt, deshalb bitte ich nochmals, auf „Erwägung" zu beschließen.

Der **Antrag** der Kommission wird unter Ablehnung des Antrages Göschen **angenommen.**

Ueber Petitionen um Regelung der **Nebeneinnahmen der Lokomotivführer** (Kilometergelder, Schmierölersparungsprämien, Kohlenprämien 2c.) ersucht die Kommission (Berichterstatter Abg. Jürgensen) mit Rücksicht auf Erklärungen des Regierungsvertreters, soweit sie sich nicht auf die Gehalts- und Pensionsverhältnisse beziehen, **zur Tagesordnung** überzugehen.

Abgg. **Schmidt**-Warburg (Ctr.), **Goldschmidt** (fr. Vp.), **Werner** (Antis.)

empfehlen, diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Deren Dienst sei schwer und verantwortlich, sie müßten viel unterwegs sein, anderswo übernachten und essen, es erwüchsen ihnen dadurch Kosten, die andere Beamte nicht hätten.

Geheimrath **Hoff**

erklärt, das Prämiensystem sei bereits neu geregelt, und bittet, es beim Kommissionsbeschluß zu belassen.

Abg. Frhr. **v. Erffa** (kons.):

Wir in der Kommission haben die Regierung zur Erwägung darüber anregen wollen, ob sie das bisherige Prämiensystem beibehalten oder besser durch feste Zulagen ersetzen will. Ein Drittel aller Lokomotivführer steht im Genuß des Höchstgehaltes, das bei ihnen schon in 15 Jahren erreicht wird. Die Nebeneinnahmen stellen sich durchschnittlich auf ein Fünftel des Gehaltes. Die Einwände des Abg. Schmidt über die Verletzung der Lokomotivführer erinnert mich an ein Begegniß, das der **Eisenbahnminister v. Thielen** hatte. Kurz nach Antritt seines Amtes fuhr er in der Bahn von Potsdam nach Berlin mit einem General, der ihn nicht kannte, und der sagte: Seit der **Miquel** die Bahnen hat, wird der Unfug alle Tage toller. (Heiterkeit.)

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.)

wiederholt nochmals seine Befürwortung, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geheimrath **Hoff**

vertheidigt die Stellungnahme der Regierung.

Vizepräsident Freiherr **v. Heereman**

theilt mit, daß der Abg. Schmidt-Warburg (Ctr.) seinen Antrag auf „Berücksichtigung" in „Erwägung" umgewandelt hat.

Die Anträge werden **abgelehnt;** es verbleibt beim Antrage der Kommission.

Petitionen um Erhöhung des Gehaltes, der Pension und des Wohnungsgeldzuschusses der **Lokomotivheizer,** Entschädigung derselben für Lokomotivführerdienst und andere Vertheilung der Stellenzulagen sowie um Gehaltserhöhung und Gewährung von Stellenzulagen beantragt die Kommission (Berichterstatter Abg. Jürgensen), soweit sie sich auf die Gewährung von Stellenzulagen beziehen, der Regierung als Material zu überweisen, im Uebrigen aber über sie zur **Tagesordnung** überzugehen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgte eine Reihe von Bittschriften von Beamten um anderweitige Regelung ihres Dienstverhältnisses oder ihrer Besoldung, welche durch Tagesordnung erledigt werden.

Eine Petition von **Eisenbahntelegraphisten** um Beförderung derselben zu Assistenten für den Telegraphendienst nur nach dem Dienstalter wird entgegen dem Kommissionsantrag, welcher auf Tagesordnung lautete, nach dem Antrage des Abg. Marx (Ctr.) der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Es liegt eine Petition von **Wagenmeistern** vor, die eine Besserstellung sowohl ihres Gehaltes als auch ihres Dienstes erstreben; dieselbe wird nach dem Kommissionsantrag, entgegen dem Antrag des Abg. Pleß (Ctr.), der Erwägung beantragte, durch Tagesordnung erledigt; ebenso einige weitere Bittschriften von Beamten um Gehaltserhöhung oder Beförderung in eine höhere Beamtenklasse.

Es folgen Petitionen um **Aenderung der Baupolizeiordnung für die Vororte von Berlin.** — Dazu liegt ein Antrag des Abg. **Vorster** (freis.) und Genossen vor, welcher lautet: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen,

eine **Prüfung** der Bauordnung für die Vororte Berlins unter Zuziehung von sachverständigen Ortskundigen dahin vorzunehmen, ob nicht

1. in Rücksicht auf die inzwischen veränderten Verhältnisse eine Beschränkung der für die **landhausmäßige Bebauung** bestimmten Bezirke eintreten und

2. in einzelnen dieser Bezirke unter besonderen Verhältnissen von der Forderung eines Bauwichs abgesehen werden kann.

Abg. **Vorster** (freis.):

Seit Anfang der 90er Jahre sind Petitionen der Vororte Berlins an das Haus gelangt; nur einmal aber sind diese Petitionen, und zwar im Jahre 1896, hier behandelt worden. Deshalb bitte ich, heute die Angelegenheit ausgiebiger zu erörtern. **Die Vororte leiden unter der Baupolizeiverordnung,** die erlassen ist. Sie ist ja gewiß gut gemeint. Aber was nützt mir das schönste Haus, wenn es zu theuer ist, und ich es deshalb nicht mit bas schönste Haus, wenn es zu theuer ist, und ich es deshalb nicht bewohnen kann? Am hemmendsten wirkt die Forderung eines Bauwichs in den Bezirken für die landhausmäßige Bebauung, die verhindert, daß die Häuser aneinandergereiht werden können. Es macht den Anschein, als ob lediglich hygienische Gesichtspunkte berücksichtigt, die wirthschaftlichen aber nicht beachtet worden sind, Es wird, um mit Dr. **v. Miquel** zu reden, auf dem Gebiete der Hygiene viel zu viel experimentirt. Diese Bauart ist theuer und unpraktisch und hat dahin geführt, daß recht wenig gebaut wird, und daß andererseits die Vorschriften doch nicht strikte innegehalten werden können. Bedenken Sie wohl, was das bedeuten will! Der **Berliner Thiergarten** ist ungefähr 1000 Morgen groß; das für die landhausmäßige Bebauung mit Bauwich vorbehaltene Gelände würde 86 mal dieses Thiergarten ergeben! (Hört!) Was haben wir denn mit dieser Bauordnung erreicht? Nichts! Wir wollten — auch ich war damals der Meinung — die **Spekulation in Grundstücken** zurückdämmen. Ist das gelungen? In keiner Weise. Die Grundstücke sind immer theurer geworden. Die Entwickelung läßt sich nicht aufhalten. Um billige Wohnungen zu erlangen, muß man möglichst ökonomisch und genau vorgehen. Was für den obligatorischen Bauwich angeführt wird, ist nicht bewiesen, es ist Theorie. Die beste Lösung für die Vorortbebelbung, wo es sich um Erstellung billiger, auch für die mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung erschwingbarer Häuser handelt, ist das **Reihenhaus.** Dadurch werden die kalten und feuchten Seitenwände, die bei freistehenden Häusern gar nicht vermeidbar sind, vermieden. Das ist auch im Ausland anerkannt. Der hygienische Schwerpunkt liegt in der Wohnungspflege und der Reinlichkeit. Zustimmung.) Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Geheimrath **Francke:**

Die Gemeinden sind doch nicht so gegen die landhausmäßige Bebauung, wie es dargestellt wird. Auch Schönow und Friedrichsfelde denken an solche Vorschriften. Wir haben die landhausmäßige Bebauung auch nur da vorgeschrieben, wo schon damit begonnen, ein Bedürfniß dafür schon gegeben war. Sie finden diese Art der Bebauung nicht blos bei Berlin. Wenn zur Berücksichtigung empfohlene Petitionen nicht sofort erledigt worden sind, so lag das daran, daß man die Wirkung der Bauordnung noch nicht übersehen konnte, weil sie erst kurze Zeit in Geltung war. Die Annahme des Antrages Vorster würde meiner Meinung nach erst recht Beunruhigung schaffen und die Spekulation anregen. Ich bitte, den Antrag Vorster abzulehnen und die Anträge der Kommission anzunehmen.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. v. Kessel) beantragt, die Petition theils zur Berücksichtigung, theils als Material zu überweisen, theils sie durch Tagesordnung zu erledigen. Das Haus beschließt demgemäß.

Die weitere Berathung wird vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: **Lex Adickes** über die Zusammenlegung von Grundstücken, **Antrag v. Bockelberg** zur **inneren Kolonisation, Antrag Graf Douglas** zur **Bekämpfung der Trunksucht.**

Schluß ¾5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

189. Sitzung vom 9. Juni, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, Freiherr v. Thielmann, v. Köller, v. Podbielski, Freiherr v. Rheinbaben, Möller, Dr. Schulz.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Die Abgeordneten ehren das Andenken des in der letzten Nacht verstorbenen Abgeordneten Bayer (Ctr.) durch Erheben von den Plätzen.

Zunächst werden einige **Petitionen** als **nicht geeignet** zur Erörterung im Plenum erachtet.

Dann folgt die **dritte Berathung des Gesetzentwurfs wegen Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthalters in Elsaß-Lothringen (Diktaturparagraph).**

Zu der allgemeinen Besprechung ergreift Niemand das Wort.

Abgeordneten in der Einzelbesprechung, die Vorlage wird **einstimmig angenommen.**

Es folgt die zweite Berathung der **Brüsseler Zuckerkonvention** und der **Zuckersteuernovelle.**

Abg. **Speck** (Ctr.)

berichtet über die Verhandlungen der Kommission: Die Veränderungen des Zuckersteuergesetzes, die von der Kommission vorgeschlagen werden, sind ziemlich umfangreicher Art, es sind Aenderungen vorgenommen an der Höhe der **Verbrauchsabgaben** wie in Bezug auf die **Kontingentierungen.** Ganz unrichtige Anschauungen über die Kommissionsverhandlungen sind in Nr. 39 der „Korrespondenz des **Bundes der Landwirthe**" verbreitet worden; so wird dort berichtet, es sei in der Kommission gar nicht verhandelt über die Frage, ob die Bestimmungen der Konvention auch auf **Indien** Anwendung finden. Aus dem Berichte der Kommission ist ersichtlich, daß die englische Regierung erklärt hat, daß deutlich in der Konvention ausgedrückt sei, daß der Zucker der indischen Kolonien keine Prämie erhalten würde, weder von den Kolonien, noch vom Mutterlande.

Abg. Graf **Kanitz** (kons.):

Ich glaube, daß die gesammte Zuckerindustrie dankbar anerkennen muß, daß unsere Regierung bemüht war, in Brüssel ihre Interessen wahrzunehmen; ich wünsche, daß unsere **blühende Zuckerindustrie erhalten** bleibt, fürchte aber, daß der Zoll von 6 Mark nicht genügt, sie zu schützen gegen die Konkurrenz von Oesterreich Ungarn und Rußland. Rußland hat keine schriftlich fixirten Bestimmungen über die Höhe seiner Exportprämie; früher wurde einmal von **Rußland** offiziell erklärt, seit 1895 zahle es keine Ausfuhrprämie, aber von österreichischer Seite wurde festgestellt, daß Rußland an demselben Tage, an dem dies gesagt wurde, eine große versteckte Prämie gezahlt habe. Andere Länder haben sich bemüht, die russische Prämie ziffernmäßig festzustellen, aber es war nicht gut möglich. Wegen des deutsch-russischen Handelsvertrages dürfen wir nun auf russischen Zucker **keinen Zuschlagszoll** legen. Ueber die amerikanischen Differenzialzölle auf deutschen Zucker sagte seinerzeit der frühere Staatssekretär v. Marschall, daß wir dagegen Protest erhoben, und daß die amerikanische Regierung diesen Protest Folge gab. Bei den Vorbereitungen zum gegenwärtig geltenden deutsch-russischen Handelsvertrag erklärte Freiherr v. Thielmann, als man fragte, ob man nicht eine Bestimmung wegen der offenen oder versteckten Exportprämien in den Vertrag aufnehmen wolle, daß diese Fragen mit dem Handelsvertrag **nichts zu thun** haben. Ich muß mein Befremden darüber ausdrücken, daß uns eine Vorlage unterbreitet wird, die uns bei der ganzen Lage der Dinge schädigen muß, und ich würde es nicht bedauern, wenn ihre Verhandlung bis **zum Herbst vertagt** würde. Abhilfe kann ich nur davon erwarten, daß Rußland sein Zuckersteuergesetz ändert und den Bestimmungen anderer Länder ähnlich gestaltet; Bestimmungen, welche dies herbeiführen müssen, sollten in den Handelsvertrag aufgenommen werden. Bevor dies geschehen ist, kann ich der Vorlage nicht beistimmen.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Der Stein des Anstoßes für uns ist einmal die Herabsetzung der Verbrauchsabgabe auf zwölf Mark, dadurch werden wir leicht in **finanzielle Schwierigkeiten** kommen, wir können daher auch dem sozialdemokratischen Antrag auf völlige **Beseitigung der Verbrauchsabgaben nicht zustimmen.** Weiter sind die Kontingentirungsbestimmungen für uns unannehmbar. Auch die Saccharinfrage ist nicht richtig gelöst. England und Frankreich werden sicher die Konvention annehmen. Wir glauben, daß der freigestellte **Ueberzoll** von 6 Francs in Deutschland noch erniedrigt werden kann, dann wird es dem Kartell nicht möglich sein, seine preissteigernde Thätigkeit fortzusetzen. Das **Kartell** ist in der Kommission vielfach gelobt worden, es ist aber selbst von Freunden des Kartells nicht bestritten worden, daß die Rohzuckerfabriken von dem hohen Ueberzoll **keinen Vortheil** haben. Ich freue mich, daß die Kommission die Vertagung der Frage bis zum Herbst abgelehnt hat; im Ganzen ist hier in den Kommissionsbeschlüssen der richtige Weg eingeschlagen. Für den Abschluß der Konvention können wir der Regierung nur dankbar sein. (Beifall links.)

Reichskanzler **Graf v. Bülow** erscheint im Saal.

Abg. **Müller**-Fulda (Ctr.):

Eine Dankeserklärung für die Konvention halte ich nicht für angebracht, denn eine Mustereleistung unserer Unterhändler ist sie nicht. Ich bedauere, daß Deutschland nicht **Sachverständige** nach Brüssel schickte, sondern im Gegensatz zu anderen Staaten nur Büreaukraten. Wir sind alle in dem Wunsch nach Abschaffung der Zuckerausfuhrprämien einig. Die **Ermäßigung** des **Schutzolles** auf Zucker steht aber im diametralem Gegensatz zu den Bestrebungen, welche der Landwirthschaft einen erhöhten Schutz angedeihen lassen wollen. Es ist darum nicht angebracht, die Konvention und die Vorlage ohne Weiteres anzunehmen, in der genauen Prüfung sehe ich **keine Verschleppung,** sondern in dem von den Freisinnigen gemachten Vorschlag, die Vorlage ohne Kommission anzunehmen, erblicke ich einen **großen Leichtsinn.** (Widerspruch und Unruhe links, Beifall rechts.) Englands Stellung zur Melasseprämie ist noch vollständig unaufgeklärt, namentlich wie die Kolonien behandelt werden sollen, wenn sie sich der Konvention nicht anschließen, sondern fortgesetzt Zuckerprämien gewähren. Wir dürfen uns namentlich nicht vergessen, daß der **Rohrzucker,** dessen Technik sich sehr entwickelt hat, auch durch die Steuerbehandlung sehr **begünstigt** werden kann. Für viele unserer Zuckerfabriken ist ferner eine Lebensfrage in der **Frachtfrage** zu finden; jetzt ist ein Waggon Zucker nach Basel erheblich billiger zu transportiren, als nach dem deutschen Rhein — darin liegt eine Beeinträchtigung der deutschen Konsumtion. Von meinen Freunden wird eine große Zahl Bedenken tragen, der Konvention beizutreten, wenn es nicht gelingt, das Steuergesetz so zu ändern, daß der bei der deutschen Landwirthschaft daraus erwachsende Nachtheil beseitigt wird.

Abg. Dr. **Bernstein** (soz.):

Die beiden Vorredner Graf Kanitz und Müller-Fulda haben gedroht, daß, wenn gewissen Forderungen nicht Folge gegeben wird, sie in die Nothwendigkeit versetzt würden, der Konvention ihre Zustimmung zu versagen. Unsere Partei hat in der ersten Lesung die Konvention mit Genugthuung begrüßt, weil sie ein erster bedeutender Schritt auf dem Wege internationaler Vereinbarung über den Güteraustausch, ist und weil sie der **verderblichen Prämienwirthschaft** mit ihrem Schaden für den Konsum **ein Ende machen** soll. Die bedenklichen Seiten der Konvention haben wir darin erblickt, daß sie überhaupt einen **Ueberzoll** vorschlägt, und die Konventionsstaaten Ausgleichszölle gegen einander zu erheben in der Lage sind. Die Vortheile schienen uns aber so wichtig, daß wir bereit waren, die **Nachtheile in den Kauf zu nehmen.** Unsere Genugthuung über die Konvention ist jedoch durch die Beschlüsse der Konvention in einer Weise herabgestimmt worden, daß wir uns ernstlich überlegen müssen, ob wir der Konvention und dem Zuckersteuergesetz, wenn es keine Aenderung erfährt, zustimmen. Die **Kommissionsmehrheit** hat sich bemüht, die Konvention möglichst werthlos zu machen und ihren **Zweck zu vereiteln.** Der Ueberzoll im Verein mit der **Kontingentirung gefährdet** den **Hauptzweck** der Konvention. Worin besteht denn ein Ueberzoll? Er ist mit Recht gefragt worden. Wir sind in Gefahr, eine **neue Ausfuhrprämie** mit dem Ueberzoll einzuführen und damit ein neues Kartell, wozu schon in der Kontingentirung der Keim vorhanden ist, in die Wege zu leiten. Bestünde diese Absicht nicht, dann brauchte Deutschland keinen Ueberzoll. Handelt es sich denn hier um ein Gesetz gegen ein Gift, das wir verhindern müssen, aus irgend einem Lande hereinzukommen Der Ueberzoll steht in Widerspruch mit allen deutschen Verkehrsverhältnissen und kann der **deutschen Industrie nur verderblich** sein. Der Abg. Müller hat dann das Schreckgespenst der Bedrohung durch die Rohzuckerindustrie vorgeführt. Für gewisse Zwecke ist allerdings der Rohrzucker besser als der Rübenzucker, und wenn dies der Fall ist, gebührt er in das Land. Aber eine Gefahr im Allgemeinen besteht nicht. Ein Vortrag eines hochangesehenen konservativen Mannes über die Ungefährlichkeit des Rohrzuckers, der der **„Kreuz-Zeitung"** eingeschickt wurde, ist einfach in den **Papierkorb** geworfen worden. Mit dem Rohrzuckergespenst kann man Kinder graulich machen, die nichts von der Sache verstehen. **Wir haben von England nichts zu fürchten.** Wenn es ein Land giebt, das von dieser Konvention Nachtheile zu fürchten hat, so ist es England. (Heiterkeit rechts.) Ich würde, wenn ich Engländer wäre, gegen die Konvention kämpfen. Für uns bedeutet sie einen Fortschritt in unseren wirthschaftlichen Beziehungen, für **England** aber einen **Rückschritt** auf der Bahn, die es seit Kurzem eingeschlagen hat, die es von der Freihandelspolitik abbringt und der englischen Volkskraft in höchstem Maße gefährlich ist. Der Cobden-Klub sträubt sich mit Recht gegen die Konvention, indem er darauf hinweist, welche Vortheile England von dem Prämiensystem hat. England hatte wirklich viele Vortheile von den Prämien, aber es erkannte wohl, daß sich die Kontinentalstaaten mit den Prämien selbst ins eigene Fleisch schnitten. Die Schwierigkeit ist nun die, festzustellen, was eine Ausfuhrprämie ist, die dielen Arten **versteckter Prämien** erschweren die Definition sehr. Dazu gehören vor allen Dingen die Frachtvergütungen. Die Nothwendigkeit und die Konkurrenten zwingen die Kontinentalstaaten dazu, die Prämien abzuschaffen. Unter Zuckerindustrie verstehen wir nur die Fabriken, die Zucker produziren, aber von denen, die den Zucker verbrauchen und ihn als Rohstoff für weitere Fabrikation behandeln, ist keine Rede. Die **englischen Raffinerien** freilich sind unter der Herrschaft der Prämien zurückgegangen, aber die Fruchtkonserven-